LARS POCHNICHT

IHR BÜRGERSCHAFTSABGEORDNETER FÜR BRAMFELD, FARMSEN-BERNE & STEILSHOOP

WAHLKREIS-NEWSLETTER

Wahlkreisbüro

Bramfelder Chaussee 312
22177 Hamburg
Tel. (040) 63 91 76 80
Fax (040) 63 91 76 81
Mobil (0179) 122 71 54
buero@pochnicht.de

www.pochnicht.de

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

aus Bramfeld, Farmsen, Berne und Steilshoop!

Noch vier Tage bis zur Bundestagswahl und die Stimmung im Land spricht für einen klaren Wechsel. Trotz der CDU-Kampagne gegen Olaf Scholz bleibt unser Kanzlerkandidat aus Hamburg weiterhin an der Spitze bei Kompetenz und Vertrauen. In Hamburg hat Olaf Scholz gezeigt, dass er klare und erreichbare Ziele nennt und sie einhält.

Auf Bundesebene kämpfen wir für einen 12-Euro-Mindestlohn und 400.000 neue Wohnungen, um gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse und den Mangel an bezahlbaren Wohnungen gegenzusteuern. In Wandsbek kämpfen wir darüber hinaus, dass unsere erfolgreiche Bundestagsabgeordnete Aydan Özoguz erneut unseren Wahlkreis in Berlin vertreten kann. Auch hier sieht es gut aus, gekämpft wird bis zum 26. September. In diesem Zusammenhang möchte ich euch darauf hinweisen, dass ihr mich auf der Zielgeraden an den Wahlkampf-Infoständen in Bramfeld und Berne antreffen könnt. Die Termine findet ihr unten in meinem Newsletter.

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger, neben dem Wahlkampf läuft das politische Tagesgeschäft in Hamburg weiter und es werden zahlreiche Themen bewegt, über die ich berichten und informieren möchte.

Viel Spaß beim Lesen!

Ihr

Lars Pochnicht

Aktuelles auch immer auf meiner Webseite: www.pochnicht.de

Themen dieser Ausgabe:

- **Bebauungsplan Farmsen-Berne 39 vorgelegt**
- **Diskussionsveranstaltung zum Umbau des Berner Heerwegs**
- **Neues Grundsteuerrecht beschlossen**
- **Besserer Tierschutz für freilebende Katzen**
- **Gute Noten für frühkindliche Bildung in Hamburg**
- **Zentraler Ort der Trauer und des Gedenkens**
- **Mehr Mieterschutz durch Schließung von Schlupflöchern**
- **Neue Sporthalle für Farmsen**
- **Hamburger Klassenhaus der Zukunft in Bramfeld**
- **Abstellen von E-Scootern muss geregelt werden**
- **Infostände in Bramfeld und Berne**

Bebauungsplan Farmsen-Berne 39 vorgelegt

(Grafik: Bezirksamt Wandsbek)

Südlich der denkmalgeschützten Schule Lienaustraße soll ein neues, kleines Quartier in Mitten der ebenfalls denkmalgeschützten Gartenstadtsiedlung entstehen. Das Bezirksamt Wandsbek hat dazu in der Sitzung des Planungsausschusses der Bezirksversammlung mit einen Funktionsplan den Vorschlag für einen Aufstellungsbeschluss vorgelegt, um die künftige Entwicklung in einem Bebauungsplan auf den Weg zu bringen.

Der Funktionsplan, der federführend von der steg Stadtentwicklungsgesellschaft mit Architekten und Landschaftsplanern erstellt wurde, beinhaltet neben der Kernnutzung Wohnen auch Flächen für eine öffentliche Gemeinbedarfsnutzung und Sport (TuS Berne). Die insgesamt 69 Wohnungen sollen ein bunter Mix für Familien, Singles und Paare sowie für das Seniorenwohnen werden. Zudem sollen neben den 21 frei finanzierten Wohnungen 25 mit einer WA-Bindung auch 23 Wohnungen über den 1. Förderweg des sozialen Wohnungsbaus mit einer dreißig Jahre andauernden Bindung erstellt werden.

In den städtebaulichen Kubaturen - Volumen des Bauwerkes - soll sich das Gelände behutsam an die eingeschossigen Siedlungshäuser der Gartenstadt anpassen und moderne und nachhaltige Baumaterialien enthalten.

Informations- und Diskussionsveranstaltung zum geplanten Umbau des Berner Heerweges

Das Bezirksamt Wandsbek stellt die Planungen mit alternativen Ausbauvarianten für den künftigen Berner Heerweg im Rahmen einer Veranstaltung

am 27. September 2021 ab 18 Uhr

in der Karl-Schneider-Halle der Volkshochschule Farmsen (Berner Heerweg 183)

öffentlich vor.

Bei der aktuellen Diskussion geht es darum, ob die derzeit vierspurige Hauptverkehrsstraße und wichtige Anbindung von Farmsen-Berne an die Hamburger Innenstadt auf zwei Spuren reduziert wird und dafür die Nebenflächen u.a. für den Radverkehr verbreitert werden.

Bürgerinnen und Bürger können sich an der Auswahl der Varianten beteiligen. Die Online-Beteiligung läuft noch bis zum 24. September 2021 unter folgendem
Link: https://www.soscisurvey.de/beteiligung-berner-heerweg/.

Für die Präsenzveranstaltung ist eine Anmeldung per E-Mail an info@konsalt.de oder unter der Telefonnummer 040-3575270 erforderlich.

Die Veranstaltung findet im Hybrid-Format statt. Eine Anmeldung im Voraus ist sowohl für die Teilnahme vor Ort (begrenzte Anzahl) als auch für die digitale Teilnahme zwingend erforderlich.

Die Ergebnisse der Online-Umfrage sowie die Erkenntnisse der Informations- und Diskussionsveranstaltung werden nach Abschluss der Auswertung unter www.hamburg.de/wandsbek/verkehr/umbaumassnahme-berner-heerweg/ zur Verfügung gestellt. Vor Baubeginn werden Anwohnerinnen und Anwohner außerdem rechtzeitig postalisch informiert.

Weiterführende Informationen über das Projekt sind ebenfalls online verfügbar unter:

www.hamburg.de/wandsbek/verkehr/umbaumassnahme-berner-heerweg/

Neues Grundsteuerrecht beschlossen

Seit Monaten wurde mit Fachverbänden und im Haushaltsausschuss der Hamburgischen das künftige Grundsteuerrecht in Hamburg entwickelt, beraten und diskutiert. Nun hat die Hamburgische Bürgerschaft das neue Grundsteuerrecht debattiert und beschlossen. Anlass war eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, demnach der Bund und die Länder neue Bemessungsgrundlagen für die Grundsteuer entwickeln mussten. Die bisherigen Grundlagen waren nach Ansicht des Verfassungsgerichts zu alt und zu ungerecht.

Für den Hamburger Senat mit den Finanzsenatoren Peter Tschentscher, heute unser Erster Bürgermeister, und Andreas Dressel stand dabei stets im Mittelpunkt, dass nicht neue Einnahmequellen generiert werden sollen. Eine Erhöhung der Grundsteuer würde damit eine Bremse für mehr bezahlbaren Wohnraum darstellen und dies soll in Hamburg ja gerade erreicht werden. Und es sollten nicht unverhältnismäßig hohe Lasten gerade für Eigenheimbesitzer entstehen.

Hamburg wollte also auf die besonderen Verhältnisse eines Stadtstaates Rücksicht nehmen und hat dazu die im Bundesrecht auf Engagements Hamburgs unter Finanzminister Olaf Scholz durchgesetzte Öffnungsklausel für eigene Regelungen in Anspruch genommen. Künftig wird in Hamburg das sogenannte „Wohnlagemodell“ Basis für die Grundsteuer sein, demnach unter Berücksichtigung der Wohnlage vorrangig die Grundstücks- und Gebäudeflächen zur Berechnung herangezogen werden. Genutzt wird dazu das langjährig erprobte und anerkannte Wohnlagenverzeichnis, bei dem nach normaler und guter Wohnlage unterschieden wird. Die Grundsteuer kennt dabei zahlreiche Abschläge, darunter für normale Wohnlagen, für Sozialwohnungen oder den Denkmalschutz. Dies kommt gerade auch in der denkmalgeschützten Siedlung in Berne zum Tragen. Und Wohnen ist generell mit 30 Prozent Abschlag gegenüber gewerblichen Grundstücken bessergestellt.

Darüber hinaus gibt es künftig die „Grundsteuer C“, ein Aufschlag für brachliegende, aber baureife Grundstücke, bei denen Investoren auf höhere Bodenpreise spekulieren und nicht bauen. Dies schadet am Ende dem Wohnungsmarkt, weil notwendiger Wohnraum trotz Baurecht nicht geschaffen wird.

Das neue Verfahren ist relativ einfach und lässt sich von jedem Grundeigentümer und jeder Grundeigentümerin schnell und unkompliziert ausrechnen. Es sind nur wenige Angaben aus dem Grundbuch erforderlich, um die Grundsteuer in Erfahrung zu bringen. Die neue Grundsteuer wird ab dem Jahr 2025 berechnet, bereits ab dem 01.01.2020 soll eine neue Hauptfeststellung für das neue Recht erfolgen. So kann sich jede und jeder auf die künftige Grundsteuer rechtzeitig einstellen.

Besserer Tierschutz für freilebende Katzen

So viele wie die Bevölkerung fast eines ganzen Stadtteils: Rund zehntausend Streunerkatzen, schätzt der Hamburger Tierschutzverein, laufen auf Hamburgs

Straßen, durch Hinterhöfe und Gärten, in Industriegebieten, Park und auf Friedhöfen. Es sind oft Nachkommen von ausgesetzten Katzen, nicht geimpft und nicht kastriert oder sterilisiert. Viele der Streuner sind krank und von Parasiten befallen, unterernährt und in schlechtem Allgemeinzustand. Und sie vermehren sich: Nicht kastrierte Katzen werfen mehrmals im Jahr Junge. Hamburger Tierärztekammer, das Tierheim Süderstraße und der Deutsche Tierschutzbund schlugen Alarm und die Regierungsfraktionen von SPD und Grünen haben reagiert.

Mit einer neuen Katzenschutzverordnung soll das Leid der streunenden Katzen gemindert werden und das Anwachsen der freilebenden Populationen verhindert werden. Die vom SPD-geführten Senat noch zu entwickelnde Verordnung soll rechtliche Grundlage für Kastration, Kennzeichnung und Registrierung sowohl freilebender als auch freilaufender Halterkatzen bilden. Bereits heute empfehlen Tiermedizinerinnen und Tiermediziner sowie Tierschutzverbände für Katzenhaltende, ihre freilaufenden Tiere zu kastrieren und zu registrieren. Doch verpflichtend ist dies nicht.

Hamburg geht dabei keinen Sonderweg. Fast eintausend Städte und Gemeinden haben bundesweit auf Basis von § 13b des Tierschutzgesetzes entsprechende Verordnungen erlassen, darunter viele Großstädte wie Köln, Bremen, Düsseldorf und Hannover. Und auch die Hauptstadt soll im Juni 2022 eine solche Verordnung erhalten.

Gute Noten für frühkindliche Bildung in Hamburg

In den vergangenen zehn Jahren hat der SPD-geführte Senat eine Reihe von kostenintensiven Kraftanstrengungen unternommen, um neben der universitären und schulischen Bildung eben auch die frühkindliche Bildung voranzubringen. Diese Bemühungen sind von Erfolg gekrönt, wie eine Studie der Bertelsmann-Stiftung jüngst gezeigt hat.

So wuchs der Anteil von Krippenkindern von 32 Prozent in 2010 (seinerzeit regierte ein CDU-Grüner-Senat) auf im Jahr 2020 fast 50 Prozent. Auch bei den Kita-Kindern liegt Hamburg bundesweit über dem Durchschnitt. 96 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen gehen in die Kita. Besonders ist dabei, im Gegensatz zum Beispiel zum Nachbarbundesland Schleswig-Holstein, dass in Hamburg der Kitaplatz für die Grundbetreuung bis fünf Stunden täglich kostenfrei ist. Und darauf hat das Kind in Hamburg zudem einen Rechtsanspruch.

Nicht überall konnten allerdings die Ziele erreicht werden, die gesetzt wurden. Der in vielen Bereichen der Wirtschaft beklagte Fachkräftemangel bremst auch bei den Kitas die grundsätzliche steigende personelle Ausstattung in Kitas und Krippen. Hier hat die Studie zwar den starken Aufwuchs an Personal positiv aufgezeigt, aber es ist noch immer Luft nach oben. Gerade die Sprachförderung in den Kitas und das soziale Interagieren ist wichtig für die spätere Schulzeit und hilft für gutes und erfolgreiches Lernen gleich von Beginn an.

Zentraler Ort der Trauer und des Gedenkens für die Opfer der Corona-Pandemie

Hamburg soll einen zentralen Ort der Trauer und des Gedenkens an die Opfer der Corona-Pandemie schaffen. Ein entsprechender interfraktionellen Antrag der Fraktionen von SPD, Grünen, CDU und Linke ist in der Bürgerschafts beschlossen worden. Die Zeit der Covid-Pandemie wird für viele Menschen immer eine Zeit großen Schmerzes, größter Entbehrungen und Belastungen bleiben. Viele haben geliebte Menschen verloren: Allein in unserer Stadt starben mehr als 1.600 Menschen. Angehörige, Betroffene sowie auch Krankenhaus- und Pflegeheimbeschäftigte haben Leid, Trauer und Hilflosigkeit

erleben müssen. Mit dem zentralen Gedenkort möchte die Hamburgische Bürgerschaft einen würdevollen Ankerplatz schaffen - zum Gedenken an die Opfer der Pandemie und die Folgen der Pandemie. Dabei sollen sowohl Hinterbliebene als auch Vertretungen der Religionsgemeinschaften frühzeitig in die Konzeption einbezogen werden.

Mehr Mieterschutz durch Schließung von Schlupflöchern

Gerade in einer Stadt wie Hamburg mit stets steigender Attraktivität und wachsenden Bewohnerzahlen ist der Schutz der Mieterinnen und Mieter vor steigenden Mieten besonders wichtig. Der SPD-geführte Senat sich dies seit Amtsantritt von Olaf Scholz vor zehn Jahren zu einer besonderen Aufgabe gemacht. Dafür wurde der Wohnungsbau wieder angekurbelt, wieder öffentliche geförderte Wohnungen mit Mietpreisbindung geschaffen und besondere Hamburger Mietpreismodelle geschaffen.

Ein besonderes Ärgernis ist aber der Versuch von einigen Vermietern, jedes gefundene Schlupfloch etwa bei der Mietpreisbremse zu nutzen. Es hat nämlich bisher gereicht, dass Vermieter einfach Bett und Schrank in eine Wohnung stellen und diese gleich als „möblierte Wohnung“ anbieten und überteuerte Preise verlangen können. Bundesweit steigt die Zahl solcher Wohnungen laut einer Studie des Immobilienforschungsinstituts „F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt“, so hat sich das Angebot zwischen 2005 und 2018 vervierfacht. In Hamburg gab es zum Zeitpunkt der Erhebung (2018) 5.389 „möblierte Wohnungen“. Gesetzliche Regelungen oder Beschränkungen für diese Aufschläge gibt es aktuell nicht, auch mangelt es bei den Mietverträgen für diese Wohnungen an Transparenz ob der Kostenanteile.

Dies soll künftig unterbunden werden und daher hat der Senat aufgrund eines Antrags der Fraktionen von SPD und Grünen in der Bürgerschaft eine Bundesratsinitiative gestartet, um eine ordentliche Transparenz über Möblierungsanteil an der Bruttomiete zu erreichen und die Nettokaltmiete auf die ortsübliche Vergleichsmiete bzw. dem Mietenspiegel anzupassen. Außerdem soll der Möblierungsaufschlag eindeutig geregelt und begrenzt werden.

Neue Sporthalle für Farmsen

Auf dem Gelände der Schule Surenland am Bramfelder Weg wird eine neue Schulsporthalle gebaut. Dies teilte der Senat in der Antwort auf meine Kleine Anfrage mit. Aktuell ist der konkrete Planungsbeginn in 2022 vorgesehen, der Baubeginn dann in 2023 und die Fertigstellung in 2024.

Hamburg ist eine attraktive Stadt in der immer mehr Menschen wohnen möchten. Das ist trifft auch auf Farmsen-Berne zu. Deshalb ist es wichtig Wohnraum zu errichten damit die Mieten bezahlbar bleiben; genauso wichtig ist es aber die soziale Infrastruktur mitzudenken. Das geschieht in Farmsen-Berne jetzt hier ganz konkret mit einer neuen Sporthalle, die vormittags von der Schule genutzt werden soll und nachmittags sowie abends dann dem Vereinssport offen stehen wird.

Unsere Farmsen-Berner Sportvereine haben in der Vergangenheit immer wieder den Wunsch nach weiteren Hallenzeiten geäußert, hier werden nun neue Kapazitäten geschaffen, so dass ab 2024 mehr Sportangebote stattfinden können. Zusammen mit der Hallenplanung des Tus Berne an der Lienaustraße werden perspektivisch somit zwei weitere Sporthallen für den Sport in Farmsen-Berne zur Verfügung stehen.

Die Planung befindet sich derzeit noch in der Vorplanung mit Beteiligung der Schulgemeinschaft. Die Grundschule Surenland wird gemäß Schulentwicklungsplanung vierzügig aufwachsen, somit entsteht der Mehrbedarf an der Sporthalle zunächst für die Grundschule

Surenland. Es entsteht eine Einfeld-Sporthalle mit ca. 405 Quadratmetern (15 x 27 Meter) Spielfeld. Hinzu kommen Flächen für Umkleiden, Wasch- und Sanitär-, Geräte- sowie Aufsichts- und Sanitätsräume sowie Flächen für Technik und Reinigung. Für die schulische Nutzung können bis zu 40 Zeitstunden pro Woche angesetzt werden, wovon bis zu 30 Zeitstunden von der sich dort befindlichen Schule Surenland vorrangig genutzt werden können. Die restlichen Stunden stehen primär anderen Schulen zur Verfügung, wie zum Beispiel dem Gymnasium Farmsen auf der anderen Straßenseite.

Hamburger Klassenhaus der Zukunft in Bramfeld

In der neu gegründeten Schule Fabriciusstraße entsteht das „Hamburger Klassenhaus“ der Zukunft. Denn: Die Schülerzahlen steigen.

Mehr als 100 Schulen in Hamburg werden in den kommenden Jahren zusätzliche Schülerinnen und Schüler aufnehmen und weiteren Platz benötigen. Für die schnelle und dennoch qualitative Erweiterung von Schulen hat SBH | Schulbau Hamburg das Hamburger Klassenhaus entwickelt, ein modulares Schulgebäude mit kurzer Planungs- und Bauzeit.

Das Hamburger Klassenhaus an der Schule Fabriciusstraße wird in Kürze an die Schule übergeben und befindet sich im Innenausbau.

Abstellen von E-Scootern muss geregelt werden

Wer ist nicht schon einmal über achtlos abgestellte Leih-Elektro-Scooter beinahe gestolpert oder hat sich zumindest darüber geärgert? Viel zu viele stellen die Leih-Geräte irgendwo ab, oft dann mitten auf Gehwegen oder vor U- und S-Bahnhöfen. Wenn sie dann auch noch umfallen, gefährden sie insbesondere geh- und sichtbehinderte Menschen, gerade im Dunkeln oder Halbdunkeln.

Die rot-grüne Koalition im Hamburger Rathaus will daher klare Regeln, doch die Regelungskompetenz hat Hamburg bisher nicht in vollem Umfang. Hier braucht es eine bundesweite Regelung und Ermächtigung, damit die Kommunen eigene Regeln für das Abstellen dieser Verkehrsmittel erlassen können.

Mit diesem Ziel haben die den SPD-geführten Senat tragenden Fraktionen daher den Senat aufgefordert, über den Bundesrat eine entsprechende gesetzliche Änderung auf den Weg zu bringen.

Außerdem soll mit den Betreibern Gespräche geführt werden, um ordnungswidrig abgestellte E-Scooter schnellstmöglich umgesetzt. Zuletzt sollen die Bezirke dabei unterstützt werden, dezentrale Abstellflächen zu bestimmen.

Termine Wahlkampf-Infostände in Bramfeld und Berne

(Bild: SPD Bramfeld)

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger, wie schon im Vortext angekündigt, bin ich, wie viele von euch, auch auf der Zielgeraden im Bundestagswahlkampf unterwegs. Ich werde unsere Genossinnen und Genossen vor Ort tatkräftig unterstützen damit der nächste Bundeskanzler Olaf Scholz und unsere Wahlkreisabgeordnete weiterhin Aydan Özoguz heißen wird.

Sie treffen mich auf den Infoständen der Distrikte der SPD Bramfeld an den

Markttagen am Freitag, 24.09.2021, von 10-12 Uhr auf dem Marktplatz in Bramfeld. Auf dem Infostand des Distriktes Berne bin ich auch am Freitag, 24.09.2021 von 15 bis 17 Uhr anzutreffen. Der Infostand findet direkt an der U-Bahn Berne, Richtung Markt, statt. Kommen Sie vorbei! Ich freue mich auf Sie.

Impressum und Kontakt:

Angaben gem. § 5 TMG und verantwortlich für den Inhalt nach § 55 (2) RStV: Lars Pochnicht MdHB
Kontaktinformationen: Wahlkreisbüro Bramfeld, Bramfelder Chaussee 312, 22177 Hamburg, Tel. 040 63 91 76 80, E-Mail: buero@pochnicht.de
Die Datenschutzerklärung finden Sie auf meiner Internetseite www.pochnicht.de. Sollten Sie aus irgendeinem Grund den Datenschutz-Regelungen nicht zustimmen, müssen Sie meinen Newsletter abbestellen.